

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschafter Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernspr. A 9539
Postfachkonto Köln 18937.

Er erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 RM.

Nummer 23

Köln, den 13. November 1920

8. Jahrgang

Brief zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

„Alles Menschenwürden, aus dem der Idealismus verschwunden ist, geht in Verwesung über, wie ein Körper, aus dem die Seele emigriert.“
Sombart.

Der das Wesen und die Zielsetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung herzt sich in den eigenen Kreisen noch große Unklarheit. In den letzten zwei Jahren Tausende neue Mitglieder gewonnen, noch wenig mit den Aufgaben und den Zielen unserer Bewegung vertraut. Ihnen ist der Verband lediglich der Ort, an dem sie oben die Beiträge einbringen, um einen Lohn-erhöhung, Arbeitszeitverkürzungen herauszuholen. In diesem Geiste ist aber auf die Dauer keine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im engeren Sinne des Wortes zu leisten. Darum es jetzt unsere Aufgabe sein, die zahllosen „jungen“ Kolleginnen und Kollegen in unseren christlichen Gewerkschaftsidealen vertraut zu machen. Die Indifferenten sollen unter allen Umständen zu echten Gewerkschaftern und Idealisten erzogen werden.

Niemals darf das Streben nach höherem und längerer Arbeitszeit einzig und allein den Inhalt unserer Gewerkschaftsarbeit bilden. Wir wollen allgemein bessere Zustände in der Welt schaffen. Wir wollen die ganze Welt beleben, das Gemeinwohl und mit dem Wohl des einzelnen jedoch Gemeinschaftsgefühl statt Egoismus, Idealismus statt Materialismus, Disziplin, Unterordnung und Ordnungssinn, das muß unsere Aufgabe sein. Die deutsche Arbeiterbewegung ist vor der größten und auch schwierigsten Aufgabe, die je einer Standesbewegung gestellt ist.

Während dem Umsturz des bisherigen politischen, sozialen u. wirtschaftlichen Systems die Vorherrschaft, die bisher das Kapital insbesondere die Landwirtschaft auf das ganze Volksleben ausübte, auf den Arbeiterstand übergegangen. Der Arbeiterstand und damit die Arbeiterbewegung ist nun, der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen Kultur der Zukunft Führung und Ziel zu geben. Daraus allein erklärt sich, von welcher unabsehbarer Bedeutung für Volk und Gesellschaft die Frage ist: Welcher Geist befreit die Arbeiterbewegung und wie sind seine Auswirkungen? Woher es der Geist sein, der die Masse der Arbeiterbewegung beherrscht? Sehen wir uns die Dinge etwas näher an. Dem oberflächlich Denkenden scheint Sozialdemokratie und Sozialist dasselbe zu sein, um so eher der Sprachgebrauch das selbige zur Bezeichnung der beiden Begriffe beiträgt. In Wahrheit ist jedoch jeder menschlich und selbst denkende auch sozial und damit ein Sozialist. Damit ist derselbe aber noch nicht ein Sozialdemokrat.

Der Diktator aber ist, sofern er sich an die Dogmen des Marxismus und an das Erfurter Programm hält, worauf er so verpflichtet ist, kein Sozialist, da er damit nicht vom allgemein menschlichen Gesichtspunkte, sondern von dem seiner Klasse aus handelt und für diese Sonderprivilegien auf Kosten anderer Mitsbürger zu erzwingen sucht. Eine solche Handlungsweise ist unsozial. Die heutige soziale Frage ist in der Haupt Sache eine Folge der Überspannung des Kapitalismus. Darüber herrscht bei Sozialdemokraten und Sozialisten keine Meinungsverschiedenheit. Wohl aber darüber, was unter verderblichem Kapitalismus zu verstehen und wie ihm beizukommen ist.

Wer ehrlich und gründlich über das Wesen, Entstehen und Wachsen des Kapitalismus nachdenkt, muß natürlich diesen in seinem ganzen Umfang erfassen. Dies hat aber die Sozialdemokratie nie getan und deshalb ist ihr Weg trotz äußerer Anwartschaften und äußerlichen Siegen in Deutschland, wie auch anderswo, ein unfruchtbarer und wird es auch in Zukunft bleiben.

Vom Tage des Entstehens der Sozialdemokratie wurde der Blick des zu befreienden Landes einseitig allein auf das tätige und angelegte Kapital gelenkt und die Arbeit ausgeblendet, dies durch eine Sozialisierung der Gemeinschaft zuzuführen. Nun ist aber Kapitalismus mehr, wie diese Kreise annehmen. Kapitalismus ist geistig viel mehr; die menschliche und materialistische Vorstellung und Gedankenwelt, nach der ein große wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, man selbst über die Vorsehung der Menschen hinwegzureden darf. Kapitalismus ist die Gedankenrichtung, daß der Mensch im Wirtschaftsprozess ebenso wie jede andere tote Ware zu behandeln sei. Kapitalismus bedeutet Sittenlosigkeit der Wirtschaft. Kapitalismus ist die vollständige Aufkündigung der Zweckbestimmung des Menschen. Was wir erlebt und erleben haben, das war die praktische Auswirkung davon. Unser Wirtschaft war entsetzlich worden. Unser Standpunkt ist: Der Mensch im Mittelpunkt für alle Regelung menschlicher Verhältnisse. Das Wirtschaftsleben, die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt der Mensch für die Wirtschaft. Natürlich muß man sich hier nicht einen einzelnen Menschen mit seinem kurzen Erdenbleiben vorstellen, sondern die durch Jahrhunderte und Jahrtausende sich fortwährende Menschengattung. Die Natur des Menschen bestimmt ihn ja nicht zum Leben für sich in der Vereinzelung, sondern zum Leben in der Gesellschaft. Schon hier befinden wir uns im Streite mit der kapitalistisch-marxistisch-sozialistischen Auffassung. Der zum Mammonismus ausgeartete Kapitalismus sieht sein Ziel in der Bekehrung seines Erwerbssprechens. Ob dabei die bestmögliche Forderung des menschlichen Volkswohlstands herauskommt, ist ihm an sich gleichgültig. Verdienen, Erwerben

ist ihm die Hauptsache. Unser Sozialismus ist für Gesellschaft des Menschen. Die erreicht man nicht durch Paragraphen, sondern nur durch Einwirkung auf den Geist, auf Herz und Gemüt des Menschen. Wie aber soll da das Heil von materialistisch gestartem marxistischem Sozialismus kommen? Da gibt es nur ein Heilmittel — lebensstarkes Christentum. Soll die Gesellschaft der Zukunft von Nächstenliebe, von Menschlichkeit, von Gerechtigkeit getragen sein, soll sie in bezug auf Sitten und Kultur unvorteilhaft abheben von der Kultur der Vergangenheit, so muß in erster Linie die Arbeiterbewegung von einer großen sittlichen Idee getragen sein.

Unser gewerkschaftlicher Kampf wird geführt für Pflege des Familienlebens durch Arbeitszeitverkürzung, um Lohnverbesserung zur besseren Ernährung und für gute Wohnverhältnisse, Schutz des Lebens und der Gesundheit, Ermdulassung der körperlichen u. d. geistigen Pflege der Kinder, alles in sich und nicht nur gewerkschaftliche Ziele unserer Bewegung, sondern auch wahrhaft christliche Gebote. Und das Kulturleben der Zukunft muß aufgebaut werden auf der Grundlage dieser christlichen Sittengebote. Nur dann kann die Arbeiterbewegung auch in der Zukunft wahren Sinn ein Kulturfaktor der Zukunft werden. Christlich-soziale Lebensgrundsätze, Volk- und Menschlichkeit, Solidarität müssen zu Programmpunkten, u. Fundamentalgroßsätzen der Arbeiterbewegung werden. Diese zur Anerkennung zu bringen, das ist das große weltverändernde Ziel, der lebendige Kampf unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Um dieses große Ziel zu erreichen zu können, ist aber vor allem eines unbedingt notwendig: Alle jetzt noch indifferenten Verbandsmitglieder müssen wahrhaft überzeugte Gewerkschafter werden, wirkliche Idealisten, die auch mit ganzer Seele und aus voller Überzeugung christliche Gewerkschafter sind! Der wirklich begeisternde und zu jedem persönlichen und materiellen Opfer bereite Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit muß in unsere Reihen wieder einkehren. Dieser Gewerkschaftsgeist, der vor zwanzig und mehr Jahren Tausende deutscher Arbeiter u. Arbeiterinnen mit heller Begeisterung für die hohen und sittlichen Ideale einer christlichen Arbeiterbewegung erfüllt hat, muß uns auch heute wieder neu beleben. Idealismus und Opfer Sinn der Gründungszeit müssen alle Verbandsmittelglieder wieder beleben, soll unser Verband in der Lage sein, seinen Teil zur Lösung der schwierigsten Aufgabe, die je einer Standesbewegung zugefallen ist, beizutragen. An freiwilligen und wirklich arbeits- und opferfreudigen Mitarbeitern im Verband darf kein Mangel entstehen! Und bei diesen Mitgliedern darf nicht die Sucht nach Prozenten oberflächlich Grundgesetz ihres Handelns sein, sondern die Liebe zur Arbeiterbewegung, der Gedanke, durch Mitarbeit einer Kulturmission, die

schaffte des Schwertes der Fäden wird, geklaut zu haben.

Aus dieser Erwägungen heraus können wir auch vor allem unsern „Reutlingen“ im Verband das eifrige Studium unseres Verbandsorgans und des Zentralblattes der deutschen Gewerkschaften nicht dringend genug empfehlen. Sie werden durch das Lesen zu der Erkenntnis gelangen, doch andere auch für die große Opfer gebracht und schwere Kämpfe haben führen müssen zu einer Zeit, wo sie noch abweis händen. Das wird dann mit dazu beitragen, daß sie die Gewerkschaftsarbeit achten und schätzen lernen. Es wird vielleicht für manche ein Ansporn sein, in der Vergangenheit Versäumtes in der Zukunft wieder gutzumachen.

Die Gewerkschaftsbewegung fordert nun einmal den ganzen Menschen von jedem Mitglied. Darin unterscheidet sie sich am meisten von Vereinigungen sonstiger Art, die ihre Mitglieder nur zu einem enghesetzten bestimmten Zweck, zu bestimmten Zeiten oder unter bestimmten Umständen in Anspruch nehmen. Die Gewerkschaft kennt keine Zeiträume, wo die sich außer ihr stellen könnten, keine leise Zwecke, um bereitwillig sie aus dem Auge lassen dürffte, keine Verhältnisse, die die davon entbinden könnten. Gewerkschaftler zu sein, das ist als solchen zu fühlen und zu handeln. Entweder — oder. Entweder steht du ganz zu ihr oder du bist kein Gewerkschaftler, der diesen Ehrennamen des heiligen Lohnarbeiters verdient.

Gewerkschaftler sein, heißt an hervorragender Stelle mitwirken an der Hebung des Arbeiterstandes. Nicht damit ist die Hebung erstrebt, daß eine materielle Besserstellung erfolgt. Denn materielle Besserstellung kann sogar rechtlichen Rückschlag zur Folge haben. Sie wird aber bestimmt zur Hebung des Standes und des einzelnen Angehörigen führen, wenn der einzelne und der ganze Stand mit dem materiellen zugleich ein geistiges Aufwärtsstreben vorbereitet und durchführt. Dann sind die Vorbedingungen geschaffen, die die materielle Besserstellung zuwege bringen lassen.

Darum also erfordert die Gewerkschaft den ganzen Menschen. Nur wer ganz bei der Sache ist, kann Mitglied genug entwickeln, um unter allen Umständen das Ganze über den Einzelnen und namentlich über den sträflichen Einzelnen; das eigene Ich zu stellen. Der Gewerkschaftler muß immer das eigene Ich der Gesamtheit unterordnen. Er muß geschult genug sein, täglich den größten Sieg zu erringen: den über sich selbst. Dann wird er mit der Gewerkschaft leben und zu denen gehören, die Freiheit und Leben verdienen, weil sie sich täglich erheben. Ein ganzer Gewerkschaftler — ein ganzer Mensch!

Haltet den Dieb.

Der schwächliche Streik der hannoverschen Straßenbahner hat mit einer glatten Niederlage der Kollegen endete. Die Hoffnungen, die die Streikenden auf den Schiedspruch gesetzt hatten, haben sich nicht erfüllt. Sie konnten nicht erfüllt werden, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Der Streik war schon völlig verloren, als der Schiedspruch gefällt wurde. Ohne diesen Schiedspruch wäre die Niederlage noch viel größer gewesen. Von Anfang an hatte sich die Streikleitung über alle gewerkschaftlichen Grundzüge hinweggesetzt. Der erste Schritt zur Niederlage war, daß man den Spruch des Schiedsgerichtes, welches aber die geforderte Lohnhöhung entgegen zu setzen, nicht erwartete, sofort in

den Streik trat und sich dadurch von dem Unternehmer die Befehle des Handlens vorzulesen ließ. In dem man sich selbst mit die Alternative stellte, entweder nachgeben, verzichten oder streiken, schlug die Streikleitung sich selbst die Lüre vor der Nase zu. Nach vierwöchigem Kampfe wurde das Schiedsgericht zum zweiten Male abgelehnt. Den Angehörigen denen in den letzten Jahren mit der „direkten Aktion“ und Sozialisierungsplänen die Köpfe verkleistert, ihnen eine Machtprobe in der „Einheitsorganisation“ angedichtet war, die sie gar nicht belegen, ist ihr Verhalten zu verzeihen. Wenn aber Gewerkschaftsführer, die doch die realen Machtverhältnisse richtig einschätzen sollen, sich ebenfalls am Kraftmeierium in Worten ergöhen und dabei die Zügel der Bewegung aus der Hand gleiten lassen, so muß das bittere Folgen zeitigen.

Anscheinend aber haben diese Herren auch aus dieser Niederlage nichts gelernt. Die berechnete Unzufriedenheit der hannoverschen Kollegen mit diesen Strategen der „Einheitsorganisation“ soll nun durch einen mächtigen Werkschwall in der „Straßen- und Kleinbahnvermittlung“ auf andere abgewälzt werden. Die letzte Nummer dieses neuen Organs bringt einen Beschwichtigungsaufsatz, durch den der Unwille der Kollegen abgeleitet werden soll. In einem Artikel „Das Arbeitsministerium als Konfliktverderber des Unternehmertums“ wird der Schiedspruch einer eingehenden Kritik unterzogen; das ist das gute Recht der Presse. Zu bedenken ist aber, daß das Blatt dies an verschiedenen Stellen zu persönlichen Verunglimpfungen der unparteiischen Schiedsrichter benutzt. So heißt es an einer Stelle: „Niemand aber haben wir einen solchen Anspruch aus dem Munde der Vertreter eines Ministeriums erwartet, das doch auch ein wenig die Rechte der Arbeiter und nicht nur der Unternehmer schützen soll.“ Und weiter heißt es: „Wenn die Herren vom Reichsarbeitsministerium mit dem stieren Satz den zweiten wieder aufhaben, dann wohnt ihnen keine Rabulistik den Vorwurf ab, daß sie — vorsichtig ausgebrütet — Gesetze auf eigene Faust machen, die zufällig natürlich den Wünschen der Unternehmervelt entgegenkommen.“ In einer anderen Stelle gebraucht das Blatt den Ausdruck: „Die letzten Berliner Wälfister“ gegenüber den Herren vom R. A. Ministerium. Das sollte aber ist wohl folgender Satz, den das Blatt in Sperreud bringt: „So kann es kommen, verführtes Reichsarbeitsministerium, daß von der brutalsten Terrorismus der Unternehmer tiefer ist, als ihre München-Gladbacher Arbeitergrundlichkeit.“ Dabei ist zu bemerken, daß die Herren Geh. Rat Hansmann und Geh. Rat Wulf schon seit Beisehen des Reichsarbeitsministeriums in diesem tätig sind und der erste Reichsarbeitsminister bekanntlich der frühere Vorsitzende des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schläger, war. Beide Herren genießen sowohl in Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen großes Ansehen, da sie schon sehr häufig in schwierigen Fällen als Schiedsrichter tätig waren. Die ihnen gemachten Vorwürfe sind auch völlig grundlos. Ihre beste Widerlegung finden sie in dem Verhalten der maßgebenden Führer des Transportarbeiterverbandes selbst, die nämlich mit aller Eindringlichkeit ihren Mitgliedern die Annahme dieses Schiedspruches empfahlen und trotz starker Gegenwehr auch erzielt haben. Da wirkt es geradezu wie eine Ironie, wenn es in dem fraglichen Artikel heißt: „Wir wissen in diesem Augenblick noch nicht, ob nicht unsere hannoverschen Kollegen

etwas plötzlichen Schwächenwandelung unterliegen und den Schiedspruch annehmen und zum Schluß das Abstimmungsresultat mitteilt wird, wonach der Schiedspruch mit 1200 gegen 200 Stimmen angenommen wurde. Wir halten es für überaus bedenklich, wenn in der hier gekennzeichneten Art und Weise Schiedsprüche der höchsten Stelle in Anspruch gebracht und von beteiligte Personen aufs Schwerste getätigt werden. Dadurch kann das Vertrauen in Vertrauen zu solchen Einrichtungen all leicht erschüttert werden, was im Interesse der Arbeiterschaft aufs Beste zu beklagen wäre.

Mit der hier geübten Spitzbüdenart die Schuld für die Niederlage auf andere abzuwälzen, andere für die eigenen Sünden verantwortlich zu machen, wird man die Dauer nur einige, die nicht alle werden einfangen können. Den meisten Kollegen wird trotz dieser Rabulistik doch Erkenntnis aufdämmern.

Unternehmergewinne.

Seit Kriegsende ist fast allgemein die ungeheure Steigerung der Warenpreise beklagt worden. Welche Kräfte hinter Grund dieser Preissteigerungen in den Anforderungen und Gehaltssteigerungen der Arbeiter und Beamtschaft. Diese sind die Hauptursache an den üblen Zuständen. Was wurde von den Arbeitnehmern und Beamten stets darauf hingewiesen, daß ihre Lohn- und Gehaltsforderungen in den Warenpreissteigerung begründet seien. Jedoch wollten das man heute immer nicht wahr haben. Sie verlangten in erster Linie kategorisch den Abbau der Löhne und Gehälter. Wir haben noch in der letzten Nummer unserer Verhandlung auf die große Spannung zwischen Warenpreisen und Löhnen hingewiesen und daraus den Nachweis geliefert, daß zunächst ein Abbau der Preise erfolgen muß, ehe von einem Lohnabbau die Rede sein kann.

In der letzten Oktoberwoche ist nun im Reichstage von einzelnen Rednern diese Dinge hingewiesen worden. So hat der Abgeordnete Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, unter anderem ausgeführt: „Die Zeit der Konjunkturgewinne muß vorbei sein. Der Abbau der Löhne kann erst dann erfolgen, wenn die Preisbildung eine Herabsetzung erlaubt. Solche Worte wiegen aus dem Munde eines Mannes wie Stresemann, der als anerkannter Führer der deutschen Großindustrie, doppelt schwer. Sie behaupten, was wir im Laufe der Zeit stets behauptet haben. Wie sehr auch heute noch Konjunkturgewinne gemacht werden, darüber möge sich einige Beispiele anführen, indem kurz die Ergebnisse der Besuche von Arbeitervereinigungen zusammenstellen.“

Die Phoenix A. G. verlor eine Dividende von 20%.

Die vogtländische Maschinenfabrik (von J. C. & S. Dietrich), A. G., in Plauen verlor eine Dividende von 18%.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch A. G. in Dortmund erzielte einen Betriebsergebnis von 51,5 Millionen gegen 8 Millionen W. im Vorjahre. Die auszuzahlende Dividende beträgt 24%.

Die Maschinenbauanstalt A. G. Goshel Grimma i. Sachsen schlägt eine Dividende von 20%, und eine Sondervergütung von 10%, zusammen 30%, vor.

Die Osnabrücker Karren- und Traktorenwerke verlor 15% gegen 10% i. V.

Die Botanwerke A. G. in Peipitz teilen 15% Dividende, sowie 25% Sonder

Reihen der christlichen Gewerkschaften regen Zupruch. — Die Schulung der Mitglieder wird in zahlreichen Ortsstellen mit Eifer und Nachdruck betrieben. Das Betriebsratgehech bietet dazu ganz besonderen Anlaß. Das Gebiet der gewerkschaftlichen Interessierung und Erziehung derjenigen Kreise, von denen vornehmlich unseres Volkes Zukunft abhängt, der Frauen und der Jugendlichen, wird besonders pfleglich behandelt. Die Herausgabe eigener Blätter für die lohnarbeitenden Frauen und die Jugendlichen, des „Frauenblattes der christlichen Gewerkschaften“ und der „Gewerkschaftsjugend“ seit geraumer Zeit, sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

Durch die christliche Gewerkschaftsbewegung geht der Zug des Bewußtseins einer großen Mission. Die neuen, besseren Formen des menschlichen Gemeinschaftslebens, nach der die Welt sich sehnt, werden nur gefunden werden, bei der Anerkennung der sozialistischen Ideen, wie sie in unserer Bewegung leben — das ist die allgemeine Auffassung. Der Kapitalismus, der noch in wahrer Sinniger Verwirklichung um seine Herrschaft kämpft, findet seine Zeit abgelaufen. Der aus der kapitalistischen Gesinnung geborene materialistische Sozialismus erweist sich als unfähig zur Aufrichtung wirklicher Kultur. Und über dem Chaos der Tage erhebt sich, gleich der aufgehenden Sonne der Gedanke christlicher Solidarität. Zur Herrschaft ihm freie Bahn zu schaffen, damit er auch die Hütten der Armen erleuchtet und erwärmt — das ist christliches Gewerkschaftsziel!

Gemischt, wirtschaftliche Betriebe.

Der alte Friß Reutter sagte einmal, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Seit zwei Jahren verschwindet die Frage der Sozialisierung nicht mehr von der Tagesordnung der Öffentlichkeit. Es kann auch gar nicht anders sein. Das alte wirtschaftliche System des Kapitalismus hat seinen Bankrott anmelden müssen. Es ist schon heute zu einem guten Teile innerlich unhaltbar geworden und zusammengebrochen. Aber der Übergang zu neuen Formen der Wirtschaft wird nicht in gerader Linie erfolgen. Der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands stellt der neuen Wirtschaftsforn derartige Aufgaben, die sie nur nach Überwindung der Kinderkrankheiten wird lösen können. In dieser Übergangszeit werden daher die überzeugten Anhänger des kapitalistischen Systems nichts unversucht lassen, von dem alten System noch zu retten, was zu retten ist. Nicht ohne Erfolg wird dieses Bestreben bleiben, besonders dann nicht, wenn die Arbeiterschaft ihnen durch ihr unkluges und in letzter Linie unsoziales Verhalten noch die notwendigen Waffen in die Hände spielt. Einen sprechenden Beweis hierfür liefern die Vorgänge in Düsseldorf. Wie in keiner anderen Stadt des Westens haben hier in den letzten zwei Jahren die Unabhängigen, Kommunisten und Unionisten gehaukt. Das Resultat: Die städtischen Finanzen und auch die städtischen Unternehmungen wurden durch Putsche, Streiks, Generallstreiks uvm. total auf den Hund gebracht. Nunmehr vor die Notwendigkeit des Wiederaufbaues gestellt, verlor die Stadtverwaltung mit allen Mitteln eine Sanierung herbeizuführen.

Unter andern wurden die städtischen Straßenbahnen einer Aktiengesellschaft, der Rheinischen Bahngesellschaft, zur Verwaltung übergeben. Von dieser Gesellschaft befinden sich 90 Prozent der Aktien in Händen der Stadt. Der Wert der Anlagen der Gesellschaft und der städtischen Bahnen zusammengerechnet und auf die Eigentümer verteilt ergibt zumindest 85 Prozent Eigentum der Stadt und 2 Prozent Eigentum der Kapitalisten. Trotzdem geht die gesamte Betriebsführung an die Gesellschaft über. Also keine Sozialisierung der Unternehmungen, sondern eine Überantwortung von bereits kommunalisierten Unternehmungen an kapitalistische Kreise.

Schon vor dem Kriege wurde eine lebhaft propagandistische für eine neue Unternehmungsform der öffentlichen Unternehmungen entfaltet, für die sogenannten gemischt-wirtschaftlichen Betriebe. Die Haupttriebfeder ist wohl weniger dem Bestreben entsprungen, diese öffentlichen Unternehmungen so auszubauen, daß sie ihren sozialen Aufgaben am besten gerecht werden, sondern die angebliche geringe Rentabilität der Regiebetriebe mühte gehoben werden, nicht zuletzt aber ist es das Bestreben, dem Privatkapital einen größeren Einfluß zu verschaffen. Durch die Ausdehnung der Regiebetriebe besteht für die großen Unternehmungen, besonders in der Elektrizitätsindustrie, die Gefahr, daß ein Teil der Verbraucher ihrer Erzeugnisse unabhängig werden könnte.

In dieser Industrie bestanden vor dem Kriege zwei große Konzerne, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Siemens-Halske- und Schudertwerke, die fast den ganzen Markt monopolistisch beherrschten. Alle andern Werke und Betriebe hatten sie unter ihre Kontrolle gebracht. Der vollständigen Beherrschung aber standen die freien unabhängigen Regiebetriebe im Wege. Deshalb sollen auch diese, in der

einen oder andern Art, unter ihre Kontrolle gebracht werden. Hierzu bedarf man der „öffentlichen Meinung“. In der Lage presse wurde daher eine Stimmungsmache betrieben, bei der auf alle andere, nur objektive Art verfahren wurde. In vielfältiger, tendenziöser Weise wurden die Schattenseiten der Regiebetriebe der Öffentlichkeit des Privatbetriebes gegenüber gestellt, anstatt gerechterweise Licht und Schatten zu verteilen. Bei diesen Verjahren passiert dann den Machern, daß sie ihre wahren Absichten auch einmal verraten. In eine derartigen Stimmungsmache im „Hamburger Fremdenblatt“ Nr. 136/14 lesen wir:

„In Fällen, in denen ein städtischer Betrieb in einen gemischten umgewandelt wird, dürfte darauf, daß der Betrieb ein privater geführt werden wird, nicht dann gerechnet werden können, wenn der Unternehmung außer der Stadt noch eine Privatgesellschaft beteiligt ist, die ausreichende Erfahrung in dem Betrieb von Unternehmen der gleichen Art gesammelt hat.“

Singegen können die Vorteile des gemischten Betriebes nicht zur Geltung kommen, wenn der Betrieb eine dem städtischen analoge Gestalt erhält, wenn die Direktoren, die sonstigen Angestellten und die Arbeiter in derselben Weise wie in einem städtischen Betrieb angestellt und entlohnt werden, wenn der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung sich in weitgehender Weise mit den Angelegenheiten des Betriebes befassen, zu Personalfragen Stellung nehmen und in Lohnfragen und Streiks eingreifen.

Ein gemischter Betrieb der wie ein privater geführt wird, dürfte dem städtischen zunächst für die Straßenbahnen vorzuziehen sein. Die Rentabilität der Straßenbahnen hängt in wesentlicher Weise davon ab, daß die Kosten des bei ihnen sehr zahlreiche Personals nicht so hoch steigen. Die Städte sind nicht immer stark genug, um den wachsenden ständig wiederholten Ansprüchen des Personals auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit Widerstand zu leisten. So kann man in dieser Beziehung darauf berufen, daß die Städte Straßburg und die Direktionen der städtischen Straßenbahnen in Köln und Düsseldorf den gleichen Standpunkt einnehmen. In einer Stadt der gemischten Betrieb einer Straßenbahn nicht möglich, hat sie nur die Wahl zwischen städtischem Betrieb und Verpachtung, so wird sich häufig empfehlen, daß die Stadt dem Beispiele Königbergs folge und die Verpachtung dem städtischen Betrieb vorzieht.“

Also weil die städtischen Straßenbahnen zum Teil einen hohen zahlen, der den Angestellten und Arbeitern gestattet, die wenigstens satt zu essen, taugt der Regiebetrieb nichts. Man muß hier beachten, daß der Durchschnittslohn der deutschen Straßenbahner fast ohne Ausnahme niedriger als das von den Behörden festgestellte Mindesteinkommen übersteigt. Diesen Verlockungen ist die Düsseldorfer Stadtverwaltung nachgegeben, hauptsächlich aber deshalb, weil die kommunalistische Treiben der radikalen Unionisten in den städtischen Betrieben, die Verwaltung die denkbar beste Handhabung ihrem Vorhaben geboten hat. Die geschäftigen Kollegen mögen sich daher den Herrn Schmitzen und Genossen für die Danaergeiseln bedanken.

Wir bezweifeln, daß die von der Stadtverwaltung auf die neue Betriebsform gesetzten Hoffnungen, soweit sie auf die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen gegenüber den Angestellten gerichtet sind, erfüllt werden. Voraussetzung aller

Die Verbandsbeiträge

haben durch den Beschluß des Zentralverbandes vom 19. September eine Änderung erfahren. Hiernach sind drei neue Beitragsklassen zu 2,50 M., 2,00 M. und 1,50 M. geschaffen. Noch nicht in allen Ortsgruppen sind

diese neuen Beitragsklassen eingeführt. An manchen Orten, wo die Mehrzahl der Kollegen erst seit Monaten organisiert ist, fehlt noch das richtige Verständnis für die Aufgaben der Gewerkschaft. Infolgedessen werden die Verbandsbeiträge noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung als bestes

werbendes Kapital

gewertet, welches tausendfache Zinsen bringt. Die Aufgaben der Gewerkschaften und ihre Bedeutung für das wirtschaftliche und soziale Leben sind gewachsen. Dieses erfordert größere Mittel an und für sich schon, besonders aber

bei der

heutigen Geldentwertung.

In allen Versammlungen und Sitzungen ist daher auf diese Umstände zu verweisen. Schulung tut bitter not.

Der echte Gewerkschaftler

ist gern bereit, für seinen Verband die notwendigen Opfer zu bringen. Er stellt ihm daher auch die notwendigen Mittel, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben gebraucht, gerne zur Verfügung und

zahlt

seine Verbandsbeiträge nicht widerwillig, sondern freudig und bereitwillig. Mit gutem Beispiele geht er voran. Indem er

die höchsten Beiträge

wählt, dient er sich und seinem Stande am besten.

... eine geschlossene Organisation der Kolonnen, in einem Verbands wie der untere, der je aller Standhaftigkeit in der Vertretung der berechtigten Interessen der Kolonnen auch volkswirtschaftlichen Forderungen Rechnung trägt und die sozialen Anforderungen, die die Bürger an die öffentlichen Unternehmungen zu stellen berechtigt ist, im Auge behält.

III. Kongress der Chr. Gewerkschaften.

Die Verhandlungen des Kongresses beginnen nicht, wie zunächst vorgesehen, am Sonntag, den 21. November, sondern bereits am Samstag, den 20. November. Diese Änderung erweist sich als notwendig, da im Anschluß an den Kongress am Mittwoch, den 24. November, die Betriebsräte-Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfindet. Der erste Kongreßtag wird der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sowie der Erhaltung und Beirung des Verhältnisses des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften dienen. Am Freitag, den 21. November werden die beiden grundlegenden Vorträge: „Christliche Arbeiterbewegung und deutsches Volk“ und „Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart“ gehalten werden. Referenten sind Staatsminister Siegerwald und Verbandssekretär Hirsfelder. Die Referate an den folgenden Tagen erstatten: Geschäftsführer Bahrusch, Assessor Dr. Röhr, Verbandsvorsitzender Imbush, Verbandsvorstand Dr. Schrüfer, Dr. Brauer. Am ersten und zweiten Kongreßtag beginnen die Verhandlungen um 10 Uhr vormittags, während an den übrigen Tagen bereits um 9 Uhr begonnen wird. Das Interesse dem Kongress entgegengebracht ist, erweckt die Hoffnung, daß der Kongress für die Fortentwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und für den Erfolg dieser auf das deutsche Leben erhebliche Bedeutung erlangen wird. Nichtbelegte der christlichen Gewerkschaften können, soweit Raum vorhanden ist, als Gäste den Kongressverhandlungen beiwohnen.

Zur Lohnbewegung der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiete.

Die durch Entlassung des Herrn Reichsombudsmannes bedingte ungewollte Neuordnung der Lohn- und Dienstverhältnisse konnte die Kolonnen nicht befriedigen. Insbesondere war die Mangelhaftigkeit der Dienstzeit, die letzten Endes auf die unzulängliche der zeitlichen Arbeitszeit prävaliert, ein Stein des Anstoßes. Die beteiligten Verbände haben sich daher an das Arbeitsministerium gewandt und seine Beteiligung gebeten. Am 20. Oktober fanden die ersten Verhandlungen in Berlin statt.

Wegen der Kürztheit des Falles waren für den zu bildenden Schlichtungsausschuß 2 Vorsitzende bestimmt worden und zwar die Herren Geheimrat Hausmann und Assessor Prof. Dr. Joachim. Der Arbeitgeberverband Bistiger benannte hatte, der sich mit den Straßenbahnerverbänden beauftragt war, dagegen die Arbeitnehmerversammlungen zum Teil Angestellte der am Verträge beteiligten Gewerkschaften (T. D. Bach, Rathmann) zu bestimmen. Die Arbeitgeber lehnte als Vorsitzenden ab. Sie machten besonders geltend, daß die Arbeitnehmer an Sachverständigen auszuwählen, die von ihnen vorgeschlagenen Herren nicht sein. Von den Arbeitnehmern wurde geltend gemacht, daß es den Arbeitgebern unannehmlich sei,

aus ihrer Mitte Beisitzer zu benennen. Der Vorsitzende, Geheimrat Hausmann, wies darauf hin, daß an sich es wünschenswert sei, daß die Beisitzer über einig Sachkenntnis verfügten, daß im allgemeinen aber wohl keiner aus seiner Haut heraus könne und Arbeitgeber immer Arbeitgeber bleibe; das gleiche treffe auch bei den Arbeitnehmern zu. Er hätte doch die Herren Arbeitgeber sich auf andere Beisitzer einigen zu wollen. Dessen machten nach einer Sonderberatung die endgültigen Beisitzer bekannt.

Der Schlichtungsausschuß setzte sich dann wie folgt zusammen: Vorsitzende die Herren Geheimrat Hausmann und Assessor Joachim. Arbeitgeber-Beisitzer: von Toppelstrich, Dr. Wilms, Fabrikbesitzer Friedl, Assessor Grieding, Arbeitnehmerr-Beisitzer: Rathmann, Dederbach, Sobal, Korbmann.

Nachdem der Schlichtungsausschuß nunmehr keine weitere Beanstandung erfuhr, erklärte Dr. Geheimrat Hausmann denselben im Auftrage des Reichsarbeitsministers für zu Recht bestehend. Er hat darauf die Parteien, ihre Wünsche vorzutragen. Die Forderungen, welche den Streitgegenstand bilden, wurden von den Arbeitnehmern ausgiebig begründet. Derselben gaben sich die Arbeitgeber alle erdenkliche Mühe, die Unmöglichkeit der Bewilligung der Forderungen auf Grund der Verhältnisse darzulegen.

Nachdem die Debatte einige Stunden gedauert hatte, und von den Parteien das Wort zu weiteren Ausführungen nicht mehr gewünscht wurde, wies der Vorsitzende darauf hin, daß es erwünscht sei, ohne einen Schiedsspruch die Streitfrage zu lösen. Er stellte dann die Frage: Glauben die Parteien, sich einigen zu können? Allseitiges Schweigen. Hierauf der Vorsitzende: Nach diesem Schweigen zu schließen, glaube ich feststellen zu können, daß eine Einigung nicht möglich ist. Es wird also der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällen müssen.

Um so ehrenwürdiger mußte es einen berühren, als nach mehrwöchiger Beratung der Schlichtungsausschuß den Parteien folgenden Beschluß verkündete:

„Der Schlichtungsausschuß gibt den Parteien, mit Rücksicht darauf, daß Verhandlungen zwischen ihnen über die Forderung der Arbeitnehmer überhand noch nicht stattgefunden haben, auf, über diese Forderung unermüdet in Verhandlungen einzutreten, und diese bis zum 31. 10. zum Abschluß zu bringen. Sollte eine Einigung wider Erwarten nicht erzielt werden, so wird der Schlichtungsausschuß in gleicher Zusammenfassung am 5. 11. 10 Uhr vormittags an gleicher Stelle wieder zusammenzutreten.“

Wie zu erwarten, hatten die Verhandlungen, die am 28. Oktober in Essen stattfanden, ein negatives Ergebnis. Das Schiedsgericht trat dann bestimmungsgemäß am 5. November in Berlin wieder zusammen und nachdem auch hier keine Verständigung erzielt werden konnte, fällt es folgenden Schiedsspruch:

1. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit (Dienstdauer) ausschließlich der Ruhetage beträgt für das gesamte Personal acht Stunden. Der Vorbereitungs- und Abschlußdienst ist mit 10 Minuten einzurechnen. Fahrplanmäßige Einzelpausen an den Endstationen bis zu 10 Minuten während des Dienstes werden als Dienst gerechnet. Die Aufstellung der Dienstpläne hat unter Mitwirkung des Betriebsrats zu erfolgen. Da, wo zur Aufrechterhaltung des Betriebes die Einführung von regelmäßigen Ueberstunden geboten ist, können solche mit Zustimmung des Betriebsrats für die ganze Belegschaft eingeführt werden.
2. Der talentabhängige Lohn für das männliche Fahrpersonal wird allgemein um 1,20 M. erhöht;

aufßerdem erhalten die Beheimateten ein Hausstandsgeld von 1,50 M.

3. Der Lohn für Werkstattarbeiter wird, soweit wie sie im 20. Lebensjahr und darüber stehen, um 20 Pf. für die Stunde erhöht. Die im 17. Lebensjahre stehenden erhalten den gleichen Lohn wie die im 18. und 19. Lebensjahre stehenden. Außerdem erhalten die Beheimateten ein Hausstandsgeld von 20 Pf. für die Stunde.

4. Die Kinderzulage wird für das gesamte Personal von 1,00 M. auf 1,50 M. erhöht.

5. Riffer 1 tritt 6 Tage nach Annahme des Schiedsspruches in Kraft.

6. Die Erhöhungen treten rückwirkend vom 15. Oktober 1920 ab in Kraft.

7. Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Spruches bis zum 13. November gegenüber dem Reichsarbeitsministerium zu erklären.

Nach diesem Schiedsspruch wird bzgl. der Arbeitszeit im großen und ganzen der Achtkundentag für das Fahrpersonal wiederhergestellt, denn es gibt nur einzelne wenige Bahnen, die an den Endstationen längere Pausen als 10 Minuten haben. Im übrigen sind Ueberstreichungen nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich.

Die Lohnzulagen sind allerdings nicht in der Höhe bewilligt worden, wie sie von den Kollegen erwartet wurden. Besonders mißlich wird es den Kollegen sein, daß die Erhöhungen nicht schon vom 1. Oktober ab gezahlt werden, sondern erst vom 15. Oktober ab. Diese Terminverschiebung ist in erster Linie eine Folge davon, daß die Angelegenheit nicht schon am 20. Oktober zum Abschluß gebracht wurde. Damals wäre zweifellos der 1. Oktober als Termin für die Neueinrichtung festgesetzt worden. Unsere Befürchtung, daß durch den Abbruch der damaligen Verhandlungen die Situation für die Kolonnen nicht so verwickelt würde, hat sich leider in vollem Umfang bestätigt. Das werden jetzt wohl auch die Führer des Transportarbeiterverbandes rufen, die am 20. Oktober mit der Vertagung glaubten, einen besonders „flugen Schwung“ zu tun.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Provinziallandtag und Arbeiterversicherung. Anfang Oktober tagte in Kassel der Provinziallandtag für Hessen-Nassau. Derselbe befaßte sich auch mit der Arbeiterversicherung, insbesondere der Unfallversicherung. Die Stellungnahme dieser Körperschaft dürfte unseres Erachtens vorbildlich sein für andere gleichartige Körperschaften. In einem Bericht in der Tagespresse heißt es darüber folgendermaßen:

Bei Entgegennahme der Berichte der Landwirtschaftlichen heilisch-nassauischen Unfallversicherungsgenossenschaft wurde beschlossen, den Provinzialauschuß zu ersuchen, zur Verhütung von Betriebsunfällen die bisherigen Unfallverhütungsvorschriften einer Revision zu unterziehen, dem Feilverfahren, insbesondere bei landwirtschaftlichen Unfällen große Aufmerksamkeit zu schenken und zur notwendigen Verbesserung der ärztlichen und fürsorglichen Verhältnisse auf dem Lande sich an den zu errichtenden Zweckverbänden zu beteiligen. Weiter soll die Zwangsversicherung unabhängig von der Höhe des Einkommens auf alle landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt werden und der Rente der Individuallohn des Versicherten zu Grunde gelegt werden. In einem weiteren Antrag wird die Reichsregierung ersucht, in dem bald zu erwartenden Notgesetz auch die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Berufsgenossenschaft festzulegen.

